

Gesehen & gehört

Politiker lockern ihre Maskenpflicht

Kantonsrat Die Volksvertreter des Kantons Zürich kippen einen Mundschutzenscheid des Präsidiums. Und die SVP sorgt mit einer On-off-Beziehung für Gesprächsstoff.

Daniel Schneebeil

Das Coronavirus sorgte am Montag im Kantonsrat für rote Köpfe. Grund war eine Weisung, welche die Geschäftsleitung am Freitag erlassen hatte. Inhalt: Verschärfung der Maskenpflicht in der Messehalle. Demnach hätten die Volksvertreter ihre Maske auch an ihren Arbeitsplätzen tragen müssen, obwohl sie dort den Minimalabstand von 1,5 Metern locker einhalten können.

Die Geschäftsleitung wird vom SVPLer **Roman Schmid** präsiert. Dennoch war es seine Partei, die sich am meisten aufregte. So trat **Valentin Landmann**, als über 70-Jähriger allein schon altersmässig zur Risikogruppe gehörend, ans Mikrofon und stellte den Antrag, die Weisung aufzuheben. «Es gibt für diese Verschärfung keine Rechtsgrundlage», sagte Rechtsanwalt Landmann. Die von Bundesrat und Regierungsrat verfügte Maskenpflicht gelte nur, falls der Abstand nicht eingehalten werden könne. Und natürlich lasen dann auch SVP-Hardliner **Claudio Schmid** und Hitzkopf **Hans-Peter Amrein** der Geschäftsleitung die Leviten.

Einen Kompromiss schlug SVPLer **Lorenz Habicher** vor.



Maskengegner Landmann und Parteikollege Christian Mettler, der für Masken ist. Foto: Ennio Leanza (Keystone)

Er verlangte die Wiedereinführung der 10-Uhr-Pause, damit man wenigstens einmal pro Morgen im Foyer die Maske ausziehen könne. Das BAG empfehle schliesslich, die Maske nicht länger als zwei Stunden am Stück zu tragen.

Sein Antrag wurde vom Plenum verworfen. «Was sollen denn

die Krankenpflegerinnen sagen, die die Maske vom Morgen bis am Abend tragen müssen?», fragte **Hanspeter Hugentobler** von der EVP später draussen im Foyer. Zudem meinte er: «Es ist keine gute Idee, wenn alle 180 Kantonsräte gleichzeitig an die Theke drängen und dann beim Kaffeetrinken auch noch die Maske ausziehen.»

Am Ende wurde Landmanns Antrag mit 82 zu 75 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen und die Weisung aufgehoben. Unzufrieden damit sind die meisten Linken. Für den Grünen-Fraktionschef **Thomas Forrer** setzt der Rat kein gutes Signal: «Alle müssen sich einschränken, und wir lockern unsere eigenen Regeln.»

Wie gross die Verunsicherung unter den Volksvertretern ist, zeigt die Grippeimpfung, die Arzt **Josef Widler** und Apotheker **Lorenz Schmid** den Volksvertretern anbieten. Statt der üblichen 30 liessen sich am Montag doppelt so viele stechen.

In der SVP gibt es noch mehr Zoff. Worum es geht, ist derweil unklar. Bestätigt ist einzig, dass **Hans-Peter Amrein** wieder einmal aus der Fraktion ausgetreten ist.

Hintergrund könnte eine parlamentarische Initiative von Amrein sein, die eine Lockerung der Vorschriften bei der Liftkontrolle verlangt. Gemäss gut unterrichteten Kreisen sollen sich die SVP-Vertreter in der vorberatenden Kommission gegen Amreins Vorstoss geäussert haben. Amrein will dies weder bestätigen noch dementieren. Er sagt nur: «Auch wenn ich aus der Fraktion austrete, bleibe ich 100 Prozent SVP.»

Claudio Schmid meint: «Mit Amrein hat unsere Fraktion eine On-off-Beziehung.» Bereits 2015 hatte Amrein wegen «Vertrauensverlust» gegenüber der Fraktionsleitung von **Jürg Trachsel** die Fraktion verlassen und war ihr zwei Monate später, als der Ärger verrauchte war, wieder beigetreten.

Überraschende Unterstützung für SVP-Vorstoss

Justiz Seit dem Ja zur Ausschaffungsinitiative tobt der Streit um Härtefälle. Seit 2016 gilt: Kriminelle Ausländerinnen und Ausländer müssen nicht zwingend des Landes verwiesen werden, wenn dies einen schweren persönlichen Härtefall bewirken würde und das private Interesse am Verbleib das öffentliche Interesse an der Ausschaffung überwiegt.

Nun haben Zahlen des Bundesamts für Statistik die SVP auf den Plan gerufen. Denn: 2018 sind im Kanton Zürich 29 Prozent der Delinquenten ohne Schweizer Pass trotz Katalogtat nicht ausgeschafft worden, 2019 55 Prozent. Auch wenn es hinter diesen Zahlen Fragezeichen gebe, sei die Tendenz klar, sagte René Truninger (SVP) am Montag im Kantonsrat. Er verlangt zusammen mit der FDP und der EDU vom Regierungsrat eine Analyse über die Anwendung der Härtefallklausel. «Die Klausel soll nur in absoluten Ausnahmefällen zum Tragen kommen», so Truninger.

Katalog als untauglich outen

Support für den Vorstoss gab es überraschend von der AL. Anne-Claude Hensch Frei sagte: «Wir vertrauen darauf, dass unsere politisch gerecht zusammengesetzten Gerichte angemessen urteilen.» AL-Fraktionschef **Markus Bischoff** erklärte, er wolle den Deliktatalog als untauglich outen, und dafür brauche es Transparenz. Gemäss Bischoff gebe es zahlreiche Beispiele für Katalogdelikte, die mit weniger als sechs Monaten Gefängnis bestraft werden. «Liegen die Zahlen und die Begründungen der Staatsanwaltschaften und Gerichte auf dem Tisch, diskutiere ich gerne mit der SVP über Sinn und Unsinn des Katalogs.»

SP, Grüne, CVP und EVP wehrten sich gegen den Vorstoss. Janine Vannaz (CVP) sah keinen Bedarf an genaueren Zahlen, ausserdem seien unter den 547 Straftaten im Jahr 2019 viele Bagatelldelikte. Davide Loss (SP) sagte, das Problem sei der Katalog, und sprach von Verhältnismässigkeit. Trotz Widerstand wurde das dringliche Postulat mit 99:67 Stimmen überwiesen. Der Regierungsrat muss nun innerhalb eines Jahres einen Bericht liefern.

Pascal Unternährer

«Zuckerbrot statt Peitsche» für Restaurants gefordert

Corona-Hilfe Der Kantonsrat will nicht überall Heizpilze. Er hat andere Vorschläge zugunsten der Gastrobranche.

Bereits im Hochsommer forderten die FDP und SVP in einem Vorstoss Heizpilze, Zelte und Passantenstopper für den Winterbetrieb der Restaurants. Der Regierungsrat lehnte es aber ab, in die Autonomie der Gemeinden einzugreifen, welche für die Bewilligungen zuständig sind. Baudirektor **Martin Neukom** (Grüne) erinnerte zudem daran, dass Heizpilze nicht ver-

boten sind, solange sie mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Eine weiter gehende Bestimmung lehnte er mit Hinweis auf die klimapolitischen Ziele ab.

Am Montag ging es im Kantonsrat um die Überweisung des dringlichen Postulats. **Marc Bourgeois** anerkannte, dass etwa die Stadt Zürich bereits in seinem Sinn gehandelt hat, wollte aber trotzdem ein politisches Sig-

nal des Kantons erwirken. Gemäss dem FDP-Kantonsrat habe sich die Zahl der Arbeitslosen im Gastgewerbe binnen eines Jahres verdoppelt. «Man kann nicht monatelang die Peitsche schwingen, es braucht auch einmal etwas Zuckerbrot», sagte er.

Lieber Gutscheine

Hanspeter Göldi (SP) verwies auf die kulanten Gemeinden und

forderte vielmehr die Unternehmen auf, den Mitarbeitenden statt des ausfallenden Weihnachtssessens Gutscheine für lokale Restaurants zu geben. Unbürokratische Hilfe für die Beizen forderten alle Rednerinnen und Redner, aber **Bourgeois'** Vorstoss taxierten die meisten als untauglich. Baudirektor **Neukom** selbst rief die Bevölkerung auf, beim nächsten Einkehren

vielleicht einen Glühwein mehr als sonst zu konsumieren, um dem Gastgewerbe zu helfen.

Der Kantonsrat lehnte das dringliche Postulat von **Bourgeois** und **Sulser** mit 93:74 Stimmen ab. Ja sagten SVP, FDP, EDU und der Parteilose **Urs Hans**, Nein votierten SP, GLP, Grüne, CVP, EVP und AL.

Pascal Unternährer

ANZEIGE

«Damit Konzerne dafür geradestehen, wenn sie die Menschenrechte verletzen.»



Dick Marty **FDP**

Verena Diener **GLP**

Corine Mauch **SP**

Martin Landolt **BDP**

JA ZU

KONZERNVERANTWORTUNG

Diese Parteien empfehlen ein JA am 29. November

